

Beschleunigung für das Projekt

Geht es nach dem Ständerat, wird der **Ligerztunnel** nicht vor dem Jahr 2030 gebaut. Deshalb brauche es unbedingt eine andere Finanzierung, sagt Grossrat Peter Moser.

UELI KÄNZIG

Wäre der Kanton Zürich nicht grosszügig, wäre der neue Zürcher Tiefbahnhof weiterhin in der Planungsphase. Der Kanton hat sich mit 580 Millionen Franken an den Arbeiten beteiligt und damit das Projekt vorangebracht. Der Bieler Grossrat Peter Moser (FDP) möchte darum, dass sich auch der Kanton Bern Gedanken über alternative Finanzierungsmodelle für den Ligerztunnel und andere Infrastrukturprojekte macht. Er hat gestern ein entsprechendes Postulat eingereicht.

Rückstand aufholen

Der Ständerat hat letzte Woche darauf verzichtet, die Strecke am linken Bielerseeufer anstelle eines anderen Bahnprojektes ins Schienenausbauprogramm «Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur» (ZEB) aufzunehmen. Eine Bundesfinanzierung wird so vor dem Jahr 2030 kaum möglich.

Moser wünscht darum, «der Kanton solle prüfen, ob und unter welchen Bedingungen der Ligerztunnel und andere kommende grosse Infrastrukturprojekte des öffentlichen Verkehrs mittels alternativer Finanzierungsmodelle rascher realisiert werden könnten», wie er in seinem Vorstoss schreibt.

«Wir verstehen die Enttäuschung», sagt Christian Albrecht, stellvertretender Generalsekretär der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion. Bern habe sich stark für den Bau eingesetzt. Näher auf Mosers Vorschlag wollte er nicht eingehen, da er den Inhalt nicht kenne.

Moser hat seinen Antrag recht



Die Einspurstrecke in Ligerz verhindert einen durchgehenden Halbstundentakt zwischen Zürich und Genf.

Bild: BT/a

unverbindlich gehalten. Er gibt auch keiner der drei letzte Woche im Ständerat diskutierten Finanzierungsalternativen den Vorzug. «Dies ist sehr bewusst gewählt, da der Vorstoss auch seine Gefahren birgt», sagt Moser. Der Bund könnte durchaus auf die Idee kommen, die Kantone könnten die Infrastrukturkosten letztlich ganz übernehmen. Und das will Moser nicht. «Es geht nicht darum, den Bund aus seinen Verpflichtungen zu entlassen», sagt Moser.

SP-Grossrat Rudolf Käser aus Meienried stösst ins gleiche Horn. Zudem steht er einer möglichen Finanzierung durch Private eher kritisch gegenüber. Immer öfter wird aber genau dies gefordert. Die Bahnkunden sollen die Infrastrukturprojekte über höhere Billettpreise mitfinanzieren. Käser kann trotz Kritik einer Überprü-

Projekte in der Warteschlange

Neben dem Ligerztunnel stehen in der Schweiz noch andere grosse Infrastrukturprojekte an.

- **Wisenberg-Tunnel** zwischen Olten und Liestal.
- **Drittes Gleis** zwischen Lausanne und Genf.
- Vollausbau des neuen **Lötschberg-Tunnels**.
- Verlängerung des **Zimmerbergtunnels** bei Zürich.

Der Bundesrat soll sich bis ins Jahr 2010 zu einem zweiten ZEB-Paket äussern. Der Ständerat hat sich aber geweigert, die fünf Projekte fix darin zu verankern.

(ukb)

fung von alternativen Finanzierungsmodellen durch die Regierung einiges abgewinnen.

Romandie legt vor

Was für den Jurasüdfuss der Ligerztunnel ist, ist für die Romandie die dritte Eisenbahnspur zwischen Lausanne und Genf. Wie der Tunnel wurde diese vom Bund nicht ins ZEB aufgenommen. Dieses beinhaltet 28 einzelne Massnahmen, die bis ins Jahr 2030 realisiert werden sollen. Die Regierungen von Genf und der Waadt haben aber anders als Bern bereits angedeutet, für sie käme eine Vorfinanzierung in Frage. «Und wenn wir die Stimmbürger überzeugen müssen, dass sich der Kanton finanziell beteiligen muss, wird dies nicht allzu schwierig werden», ist auch die Waadtländer SP-Ständerätin Géraldine Savary überzeugt.

Neben einer Vorfinanzierung durch den Kanton Bern wäre auch eine Public Private Partnership, wie sie für die Stades de Bienne realisiert wird, eine Alternative. Diese Finanzierungsform war letzte Woche im Ständerat aber als wenig erfolgversprechend abgetan worden. «Die Schieneninfrastruktur rentiert nie, deshalb finden sich auch keine privaten Investoren», sagte Peter Bieri, CVP/Zug. Einen anderen Weg will daher der VCS gehen. Der Verkehrsclub plant mit einer Volksinitiative, Treibstoffzölle der Strasse vermehrt für den öffentlichen Verkehr einzusetzen.



POSTULAT. Den Wortlaut des Vorstosses finden Sie auf unserer Homepage.